



## Südtirol hat eine starke Demokratiebewegung



INITIATIVE FÜR MEHR DEMOKRATIE  
INIZIATIVA PER PIU' DEMOCRAZIA  
SCOMENCIADIA POR PLU DEMOCRAZIA

Die „Initiative für mehr Demokratie“ wurde vor zwanzig Jahren als eine unabhängige, überparteiliche Organisation gegründet. Sie ist in einem Netzwerk von Bezirksgruppen mit Unterstützung von mittlerweile über vierzig Vereinen, Verbänden und Organisationen ehrenamtlich tätig.

Viele Tausende Menschen haben in unserem Land mit der Initiative erreicht, dass Direkte Demokratie im politischen Bewusstsein ihren Platz gefunden hat und wenig fehlt zu einer gut anwendbaren und wirksamen gesetzlichen Regelung der Mitentscheidungsrechte.

**20 Jahre Arbeit - und unser Entwurf für ein besseres Gesetz zur Direkten Demokratie liegt wieder im Landtag. Im Oktober gibt es öffentliche Diskussionsrunden. Nehmen Sie teil, melden Sie sich zu Wort! Hier, mit dieser Zeitung, finden Sie die Argumente. Es geht um die Frage, welches Südtirol wir wollen.**

**Es wird immer deutlicher: Politik wird nicht für uns alle, sondern für starke Interessengruppen gemacht.** Soziale Rechte werden abgebaut und das Finanzkapital gefördert. Mit Großprojekten werden öffentliche Gelder in die Brieftaschen weniger geschleust. Die enorm gesteigerte Produktivität bewirkt nicht, dass wir alle weniger arbeiten müssen, im Gegenteil!

**Politik erfüllt ihre Aufgabe nicht mehr.** Nicht nur, weil "alle Politiker nur an sich und ihre mächtige Klientel denken würden", sondern weil auch sie den Problemen hilflos und oft auch unfähig gegenüberstehen und sich von den Falschen beraten lassen.

**Das muss nicht so sein.** Das Problem ist, dass Politiker es von Anfang an in der Hand hatten, die Regeln, die sie selbst und ihre Machtausübung betreffen, selbst festzulegen. Siehe das Extrembeispiel, Leibrenten. Die Politikerklasse hat sich selbst mit Privilegien und Machthoheit ausgestattet, so dass sie die Realität der breiten Bevölkerung nicht mehr wahrnimmt.

**Politik muss wieder im Volk verankert werden.** Wir haben gelernt: Nur wählen reicht nicht, alles zu delegieren ist gefährlich. Im Zweifelsfalle selbst entscheiden und uns selbst neue Regeln geben zu können, gibt uns Sicherheit und macht uns selbstverantwortlich. Demokratie muss direkter werden: Wir brauchen eine gut anwendbare, wirksame Regelung des Referendums und der Volksinitiative auf Landesebene.

**Das Wissen, die Kompetenz, die Erfahrung, der Wunsch nach gutem Leben liegt bei uns allen und bei uns allen liegen die Antworten.** Aufgabe der Politik ist es, die Antwortsuche und die Antwortfindung anzuregen und dafür Sorge zu tragen, dass jene Lösungen zum Tragen kommen, die von den meisten geteilt werden. **Das geht nur mit Direkter Demokratie.**

## "Echte Demokratie ist doch kein leerer Wahn!"

Albert Einstein



**Haben Sie nicht den Eindruck, dass wir immer noch in einer unvollständigen Demokratie leben?** Wir Bürgerinnen und Bürger können immer noch nicht die Entscheidungen der politischen Vertretung kontrollieren und haben noch keine wirklich brauchbaren Regeln, um mit Volksinitiativen selbst Entscheidungen fällen zu können.

Überdies sind wir **beim Wählen sehr eingeschränkt:** Wir können nur wählen, was uns vorgesetzt wird und können zum Beispiel nicht KandidatInnen quer durch alle Parteien wählen.

Nur mit dem **Referendum und mit der Volksinitiative** wären wir politisch frei und nicht irgendwelchen Machtinteressen ausgeliefert.

Das **Referendum** gibt uns Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, innerhalb weniger Monate abzustimmen, ob ein von der politischen Vertretung gefasster Beschluss in Kraft treten soll oder nicht.

Das Referendum kommt nur dann zur Anwendung, wenn Zweifel bestehen, ob eine politische Entscheidung von der Bevölkerung gewollt wird.

**Das Referendum ist das Herzstück jeder gesetzlichen Regelung der Direkten Demokratie!**

Mit der **Volksinitiative** können wir Bürgerinnen und Bürger über Vorschläge entscheiden, die von Bürgerkomitees vorgelegt werden. Sie wird nur dort ergriffen, wo die politische Vertretung versagt.

**Referendum und Volksinitiative wirken nicht nur, indem sie effektiv ausgeübt werden, sondern allein schon, indem sie wirksam zur Verfügung stehen.**

Diese Instrumente nützen aber nichts, wenn für sie Regeln gelten, die sie letztlich unbrauchbar machen: wenn sie mit zu hohen Hürden unerreichbar gemacht werden, wenn von oben in das Anwendungsverfahren eingegriffen oder das Abstimmungsergebnis manipuliert werden kann.

**Wir brauchen also gut anwendbare und wirksame Regeln!**



Im September 2013 hat die Initiative für mehr Demokratie ihren Gesetzentwurf wieder im Landtag eingebracht. Er beinhaltet eine gute und wirksame Regelung der Mitbestimmungsrechte. Dadurch veranlasst, will der Gesetzgebungsausschuss des Landtages nun das geltende Landesgesetz 11/2005 überarbeiten.

**JETZT**

**Der entscheidende Unterschied!**

**Bürgerbeteiligung**

Das Volk darf unverbindlich Vorschläge und Ideen einbringen, die Politik kann diese berücksichtigen oder auch nicht.

**Partizipation**

ist ein Modebegriff, der alles oder nichts enthalten kann. Partizipation bedeutet nur „Beteiligung“. Das ist gut, für sich allein aber zu wenig. Sie macht nur dann wirklich Sinn, wenn sie wirksame Möglichkeiten der Mitentscheidung der BürgerInnen zur Grundlage hat.

**Mitbestimmung**

Das Volk entscheidet direkt in Volksabstimmungen über eigene Vorschläge und im Zweifelsfall über solche der politischen Vertretung, noch bevor diese in Kraft treten.

**Wutbürger?**

Im Frühjahr 2014 haben viele Menschen vor dem Landhaus voll Zorn gegen Politikerprivilegien protestiert. Müssen wir alle zu Wutbürgern werden? Es ist ein Zeichen von Gesundheit, wenn Menschen in der Lage sind, auf Missstände in der Ge-

sellschaft mit Empörung zu reagieren. Dabei darf es aber nicht bleiben. Was unser Land und die Welt brauchen, sind nicht „Wutbürger“ ohne Weg und Ziel, sondern Menschen, die mit klarem Verstand, mit Mut und Beharrlichkeit als freie Bürgerinnen und Bürger mit demokratischen Mitteln ihre Anliegen vertreten. Dafür brauchen sie ein gutes Gesetz zur Direkten Demokratie und dafür setzen wir uns ein.

**MIT AUSDAUER ZUM ZIEL!**

**2014**

**2. Volksabstimmung (Referendum)**

Am 9. Februar findet das erste Landesreferendum statt. Das SVP-Gesetz zur Bürgerbeteiligung wird mit **65,2 % Nein-Stimmen abgelehnt**. An der Abstimmung beteiligen sich 106.360 (= 26,8 %) Stimmberechtigte.

**2013**

**4. Volksbegehren**

Der Landtag verabschiedet allein mit den Stimmen der SVP ein neues Gesetz zur Bürgerbeteiligung. 58 Promotoren, die über 30 Organisationen vertreten, stoppen es mit ihrem **Antrag auf Referendum**. Es werden dafür fast 18.000 Unterschriften gesammelt. Gleichzeitig wird unser Gesetzentwurf als **Volksbegehren** wieder im Landtag eingebracht.

**2010-11**

**3. Volksbegehren**

Unter dem Eindruck des Volksabstimmungsergebnisses verspricht die SVP ein neues Gesetz. Erste Entwürfe versprechen nichts Gutes. Also sammeln wir wieder Unterschriften für ein Volksbegehren (12.600) und erreichen damit die erneute Behandlung im Landtag. Eine Volksbefragung der BürgerInnen über beide Vorschläge (SVP und Initiative), wird von der SVP abgelehnt.

**2007-09**

**1. Volksabstimmung (Volksinitiative)**

Sammlung von mehr als 26.000 Unterschriften für eine Volksabstimmung über unseren Gesetzentwurf. **Erste landesweite Volksabstimmung** im Oktober 2009: Beteiligung = 38,1%; für unseren Vorschlag stimmen 83,2%. Die Abstimmung wird für ungültig erklärt, weil das Quorum von 40% Mindestbeteiligung der Stimmberechtigten knapp verfehlt wurde.

**2005**

**1. Landesgesetz zur Direkten Demokratie**

Landtag verabschiedet neues Gesetz Nr.11/2005, das uns mit der gesetzeseinführenden Volksabstimmung zum ersten Mal zu Gesetzgebern macht. Es verhindert aber zugleich eine wirkliche Anwendbarkeit. Es sieht ein hohes Beteiligungsquorum vor und schließt Volksabstimmungen über Beschlüsse der Landesregierung aus.

**2003**

**2. Volksbegehren**

Sammlung von über 6.000 Unterschriften mit Unterstützung von 34 Organisationen für einen eigenen Gesetzentwurf über eine gute Regelung der Direkten Demokratie durch den Landtag.

**2001**

**Reform Autonomiestatut**

Der Landtag erhält vom römischen Parlament die Zuständigkeit zur Regelung der Direkten Demokratie auf Landesebene. Jetzt ist der Weg frei für ein eigenes Südtiroler Landesgesetz.

**1995**

**1. Volksbegehren**

Das Promotorenkomitee startet zwei Volksbegehren: zur gesetzeseinführenden Volksabstimmung und zur Änderung der Gemeindefestsetzungen durch Volksabstimmungen. Sammlung von 4.600 Unterschriften. Der erste Vorschlag wird angenommen, aber auf Intervention der SVP von Rom rückverwiesen.

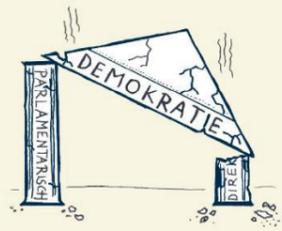
**1994**

**Erstmals befasst sich eine Gruppe von BürgerInnen mit Formen der Direkten Demokratie.**

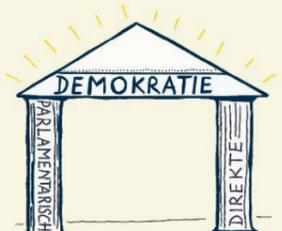
Zusammenschluss von 14 Organisationen zu einem Promotorenkomitee.

**Direkte Demokratie**

- ist eine Notbremse bei fragwürdigen politischen Entscheidungen;
- fördert Bürgernähe und Bürgerbeteiligung und steigert die Qualität der Politik;
- ermutigt die Menschen, sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen;
- wirkt der Politikverdrossenheit entgegen;
- bringt Ideen, Sachwissen und Lösungsvorschläge der Bevölkerung direkt in die Politik ein;
- begrenzt den Einfluss starker Interessengruppen;
- darf auch etwas kosten – politische Fehlentscheidungen kosten mehr.



Rein parlamentarische Demokratie: Politiker entscheiden allein.



Das Volk hat mit Referendum und Volksinitiative das letzte Wort.

**... und darum geht es jetzt!**

Wir haben in 20 Jahren viel erreicht:

- Seit 2005 gibt ein eigenes Landesgesetz zur Direkten Demokratie und Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, selbst Gesetze zu beschliessen.
- 2013 hat der Landtag mit einem Gesetz die Volksabstimmung auch über Beschlüsse der Landesregierung zugestanden und das Beteiligungsquorum fallen gelassen.

In diesem Gesetz waren massive Beschränkungen und Hindernisse eingebaut, welche de facto Volksabstimmungen verhindert hätten. Deshalb wurde es im Februar 2014 in einem Referendum abgelehnt.

Nach dem klaren Ausgang des Referendums (65% Nein!) sind im neuen Gesetz, das Anfang 2015 verabschiedet werden soll, folgende Rechte unverzichtbar:

1. Das Herzstück der Direkten Demokratie, das Referendum. Mit diesem soll die Bevölkerung darüber entscheiden können, ob ein neues Gesetz bzw. ein Beschluss der Landesregierung von Landesinteresse in Kraft tritt oder nicht;
2. Volksabstimmungen dürfen nicht unmöglich gemacht werden mit absurd hohen und mehrfachen Unterschriftenhürden;
3. Volksinitiativen müssen vor allem über die wichtigsten Bereiche möglich sein, wie z.B. über Steuern, Politikergehälter, demokratische Grundgesetze wie das Wahl- und das Direkte-Demokratie-Gesetz;
4. Volksabstimmungen müssen auch nur in jenen Gemeinden durchgeführt werden können, die effektiv von den Beschlüssen der Landesregierung betroffen sind;
5. Es braucht eine Garantie für wirklich unabhängige institutionelle Information;
6. Es darf keine im Gesetz eingebauten Fallen mehr geben, die Volksabstimmungen verhindern oder deren Ausgang manipulieren.

**WICHTIGE TERMINE - OKTOBER 2014**

Der 1. Gesetzgebungsausschuss des Landtages veranstaltet im Rahmen der geplanten Neuregelung der Direkten Demokratie im Oktober **öffentliche Diskussionsforen** mit Bürgerinnen und Bürgern. Nehmen Sie daran teil und bekunden Sie Ihren Willen, in Zukunft wirklich und wirksam mitbestimmen zu wollen!

- 09.10. Bozen
- 13.10. Bruneck
- 14.10. Schlanders
- 15.10. Meran
- 16.10. Neumarkt
- 21.10. Brixen
- 23.10. Sterzing



**DAMIT WIR AUCH NACH DEN WAHLEN NOCH ETWAS ZU SAGEN HABEN!**

ZWEI VOLKSBEGEHREN, UNTERSTÜTZT SIE MIT ZWEI UNTERSCHRIFTEN IM RATHAUS.

jetzt unterschreiben morgen **WIRKLICH** mitentscheiden

mit dem **BESSEREN** Gesetz zur Direkten Demokratie

im Rathaus Ihrer Gemeinde im Stadtierviertelzentrum am **Unterschriftenfest** bis **10. Juni 07**

**Es gibt Hoffnung jenseits der Parteien ...**

**VOLKSABSTIMMUNG REFERENDUM 2009**

"Das bessere Gesetz zur Direkten Demokratie"

**DIREKTE DEMOKRATIE braucht DEINE STIMME**

WIRTSCHAFTS- UND VERKEHRSPOLITIK

**JA**

25.10.2009

**HELLBLAUER STIMMZETTEL**

**WIR BÜRGER wollen mitentscheiden mit dem besseren Gesetz zur DIREKTEN DEMOKRATIE!**

**Das Volk begehrt, was es in der Volksabstimmung 2009 unterschieden hat.**

Unterschreibe das Volksbegehren zur Direkten Demokratie!

[www.dirdemdi.org](http://www.dirdemdi.org)

Direkte Demokratie [www.dirdemdi.org](http://www.dirdemdi.org)

**Gesetzentwurf des Volkes** oder **SVP-Entwurf?**

Darüber jetzt das Volk befragen!

Weil wir wirklich mitentscheiden wollen, **NEIN** zum SVP-Gesetz!

Referendum 9.2.2014

# Mehr Demokratie in ganz Südtirol!

## Was unsere Bezirksgruppen bewegt

"Diese delegierte Demokratie erweist sich zusehends als ungeeignet, auf brennende Anliegen einzugehen. Sie blendet aus, schiebt vor sich her, was sie selbst mitverursacht hat. Was wir dringend brauchen und woran wir als Bezirksgruppe arbeiten, wäre eine tatsächliche Verbindung zwischen Politik und gesellschaftlicher Realität. Eine gut geregelte Direkte Demokratie wirkt nicht Wunder – aber sie wirkt."



Josef Gruber



Cristina Herz

"In der eigenen Gemeinde parteiunabhängig mehr miteitscheiden und Bürger-Verantwortung übernehmen, ist unser Ziel. Dafür ist eine bessere Regelung der Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Gemeindegemeinschaft nötig. Wir Meraner haben dazu Verbesserungsvorschläge ausgearbeitet, die dem Gemeinderat vorgelegt werden."



W. Meraner

"Ohne Direkte Demokratie werden vor allem die Interessen der Mächtigen verwirklicht – mit Direkter Demokratie jene der Mehrheit."



Marlene Stein

"Wir setzen uns ein für mehr Direkte Demokratie, weil wir unsere Welt aktiv mitgestalten wollen und politische Macht Kontrolle braucht, zum Wohle aller. Mit ihr schaffen wir eine neue politische Kultur, die von Respekt und Verantwortung geprägt ist und den Menschen das Gefühl von politischer Ohnmacht nimmt."



Sylvia Bacca

"Ungute Kriegs- und Nachkriegserfahrungen, die Erkenntnis, dass nie wieder einige Wenige über das Schicksal eines Volkes entscheiden dürfen, frustrierende Erfahrungen mit Bürgerinitiativen, die rund 40 Jahre lange Verhinderung der Dezentralisierung durch die Parteien im Sinne der Verfassung u.v.a.m. waren 1994 und sind der Ansporn, die Initiative für mehr Demokratie zu unterstützen."



Otto von Aufschnaiter

"Die gewählten VolksvertreterInnen haben durch wiederholten Machtmissbrauch der Demokratie einen schlechten Dienst erwiesen. Es ist Zeit, dass das Volk selbst das Heft in die Hand nimmt und politische Entscheidungen fällt, damit Demokratie nicht nur ein hohler Begriff ist."



"Profit- und Machtgier bestimmen den politischen Alltag. Daraus folgen Politikverdrossenheit und Wut. Direkte Demokratie dagegen ermöglicht eine konkrete positive Entwicklung der Politik. Der Einsatz für Direkte Demokratie ist ein Beitrag für eine gerechtere und somit friedlichere Zukunft. Diese Überzeugung gibt uns Motivation und Ausdauer!"



C. Baumgartner

"La democrazia diretta ie l miür strumènt per defènder l ncesa de cultures de mandranza y per fé H. Compioi crèscer la qualità dla convivenza danter nëus."



H. Compioi



R. Hochgruber

## "Ja aber, mit Direkter Demokratie ...

### ... entscheidet eine Minderheit!"

Das trifft nicht zu, sofern kein Quorum das Ergebnis verfälscht und eine sachliche Information für alle garantiert ist. Wenn alle wissen, dass jene entscheiden, die sich an der Abstimmung beteiligen, wird niemals eine Minderheit über eine Mehrheit entscheiden. Das belegt auch eine internationale Studie. Wer nicht abstimmt, delegiert dies eben an seine MitbürgerInnen.

### ... kann nicht mehr regiert werden!"

Im Gegenteil: es kann besser regiert werden und repräsentativer! Wenn die politische Vertretung damit rechnen muss, dass ihre Entscheidungen jederzeit direkt vom Volk durch Volksabstimmungen korrigiert werden können, muss sie einen anderen Politikstil pflegen. Sie muss einen wirklichen Konsens suchen anstatt einfach über die Köpfe der Bevölkerung hinweg zu regieren.

### ... kommen soziale Minderheiten unter die Räder!"

Volksabstimmungen, die deren Recht verletzen würden, verstoßen gegen die Menschenrechte und die Verfassung und werden deshalb nicht zugelassen. Überdies wird eine solche Befürchtung in keiner Weise von der Realität dort bestätigt, wo Direkte Demokratie intensiv gelebt wird. Im Gegenteil: In einem demokratisch lebendigen und entspannten Gemeinwesen haben sie einen sicherem Platz.

### ... wird Unfriede gestiftet!

Unfriede tritt dort auf, wo die Dialog- und Streitkultur noch in den Kinderschuhen stecken. Erlern und geübt werden sie aber, wenn alle gemeinsam um gute Entscheidungen ringen müssen. Unfrieden wird dadurch gestiftet, dass die politische Vertretung oft im Alleingang gegen den Willen des Volkes entscheidet: die „Wutbürger“ sind ein Produkt der ausschließlich parlamentarischen Demokratie.

## Was Sie tun können!

Jetzt den letzten, entscheidenden Schritt tun, zu einer brauchbaren Regelung der Direkten Demokratie in Südtirol! Das Allerwichtigste: **die Bürgerinnen und Bürger müssen Bescheid wissen**, um was es geht. Deshalb diese Informationszeitung mit einer Auflage von 80.000 Stück in zwei Landessprachen.

Mit diesem Schritt zählen wir darauf, dass viele Menschen uns dabei helfen:

Allein der **Druck dieser Zeitung**

kostet 5.000 Euro. **Bitte helfen Sie uns, mit einer Spende diese Kosten zu decken.** Wir haben keine andere Finanzierungsmöglichkeit. Spenden an die Initiative sind zur Gänze vom steuerbaren Einkommen absetzbar.

**Helfen Sie uns, diese Information zu verbreiten.** Wir können Ihnen Infozeitungen zukommen lassen. **Geben Sie diese Zeitung bitte weiter!**

**Kommen Sie zu den Diskussions-**

**runden**, die der Gesetzgebungsausschuss des Landtages im Oktober in den Bezirksstädten des Landes plant. Sie haben dort Gelegenheit, die politisch Verantwortlichen wissen zu lassen, was Sie sich erwarten!

Und natürlich freuen wir uns sehr über **jedes neue Mitglied der Initiative!**

**Initiative für mehr Demokratie**  
Raiffeisenbank Bozen  
IBAN: IT53V 08081 11600  
000300010332



**www.dirdemdi.org**

## Die unterstützenden Organisationen

AGO Aut.Gewerks. örtl. Körperschaften  
ALU Arbeitsgem. Lebenswertes Unterland  
AVS  
Baubiologie Südtirol - gesund Bauen u. Leben  
ASGB  
Verein Umwelt und Gesundheit  
attac-Südtirol / altoadige  
Bund Alternativer Anbauer  
Bund der Genossenschaften  
CGIL/AGB  
Cittadinanza attiva  
Dachverband für Natur- und Umweltschutz

democracy international  
Filmclub  
GS - Gewerkschaft der Landesbediensteten  
Heimtpflegerverband  
Heimtpflege Überetsch-Unterland  
Heimat Brixen, Bressanone, Persenon  
Ilse Waldthaler Stiftung  
Lia per natura y usanzas  
Mehr Demokratie e.V.  
Movimento Giovani Bolzanini  
OEW Organisation für Eine Welt  
Plattform Pro Pustertal

Rete dei Diritti Senza Voce  
SGB/CISL  
sh/asus HochschuleInnenschaft  
Legambiente Bolzano / Umweltbund  
Umweltgruppe Bozen  
Umweltschutzgruppe Vinschgau  
Umweltschutzgruppe Eppan  
Umweltschutzgruppe Salurn  
Umweltschutzgruppe Ulten  
CTCU / Verbraucherzentrale Südtirol  
VKE

